



19. Juni 2024

Postulat

von Reis Luzhnica (SP),
Severin Meier (SP)

Der Stadtrat wird aufgefordert, die Umsetzbarkeit der notwendigen Massnahmen zu prüfen, welche die Stadt Zürich zum «Sicheren Hafen» machen. Die umsetzbaren Massnahmen sollen in einem zweiten Schritt möglichst zeitnah ergriffen werden.

Begründung:

Die Stadt Zürich engagiert sich bereits intensiv in der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen». Als «Sicherer Hafen» hat sie das Potential, ihre vorbildlichen Bemühungen weiter zu verstärken.

In diesem Kontext setzt sich auch die politische Bewegung SEEBRÜCKE für sichere Zufluchtsorte für Flüchtende ein. Zürich hat sich durch Aktionen, politische Vorstösse und Solidaritätsbekundungen klar für eine menschenwürdige Unterbringung positioniert. Es ist dringend notwendig zu handeln, um der Missachtung der Menschenrechte an Europas Grenzen entgegenzuwirken. Wir fordern den Stadtrat daher auf, Zürich so rasch wie möglich zu einem «Sicheren Hafen» zu erklären. Dies beinhaltet insbesondere:

1. Sich mit Menschen auf der Flucht solidarisch zu erklären;
2. Die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteter Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherzustellen;
3. Aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Dies wird im Einvernehmen mit dem Staatssekretariat für Migration umgesetzt;
4. Sich gegenüber dem Bund für die Einrichtung neuer oder die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einzusetzen und dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze anzubieten;
5. Für ein langfristiges Ankommen zu sorgen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine angemessene Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden;
6. Sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer zu positionieren und sich auf politischer Ebene für eine staatliche Seenotrettung einzusetzen;
7. Die Patenschaft und finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff SEAEye zu übernehmen bzw. sich daran zu beteiligen;
8. Sich auf regionaler, nationaler und länderübergreifender Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einzusetzen;
9. Sich für ein Bündnis aller «Sicheren Häfen» in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik einzusetzen;
10. Alle unternommenen Handlungen zeitnah und fortlaufend öffentlich zu kommunizieren.